

vbb magazin

1/2

Januar/Februar 2022 • 61. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr



Farbwechsel

Seite 6 <

Von der Vorstellung
direkt ins medias res
– auf Antrittsbesuch
bei Sts'in Dr. Sudhof

Seite 9 <

BwFuhrparkservice
GmbH – Beistellung
der Zivilkraftfahrer
nicht verlängert

> Editorial



Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

die Bundestagswahl hat zu einem politischen Farbwechsel geführt. Die ersten Schritte der Gründung einer Koalition und der Verankerung der gemeinsamen Ziele in einem Koalitionsvertrag wurden zügig vollzogen.

Die aktuelle politische Entwicklung der Bedrohung der Ukraine durch Russland trifft eine Bundesregierung, die sich innerhalb der ersten 100 Tage befindet; die Zusammenarbeitsbeziehungen müssen noch etabliert werden. Der erste realpolitische Stresstest – mindestens für das Verteidigungs- und Außenressort – ist eingetreten.

In den politischen Gremien finden sich einige bekannte, aber auch viele neue Gesichter. Die Leitung des Verteidigungsausschusses liegt in den Händen einer erfahrenen Parlamentarierin, Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP. Aber auch frisch gewählte MdBs wie zum Beispiel Dr. Kristian

Klinck starten nicht bei „null“, sondern bringen Know-how und Erfahrungen in den Verteidigungsausschuss mit ein.

Welches sind nun die Themen, die anstehen? Zum einen sind es die Festlegungen im Koalitionsvertrag, auch wenn er offiziell keinen verbindlichen Charakter hat. Aber ganz gewiss werden die Ministerinnen und Minister auch eigene Schwerpunkte setzen, die sie im Laufe der Einarbeitung erkennen. Für das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) rechnet der VBB mit organisatorischen Veränderungen. Es scheint auch erkennbar, dass die Besuche von Bundesministerin Christine *Lambrecht* in der Fläche der Sondierung von Änderungsbedarf dienen. Wir machen keinen Hehl daraus, dass wir auf eine gründliche Analyse bauen, auch wenn wir wissen, dass die Zeit eilt und die Bündnispartner der Bundesrepublik, die EU und die NATO, Entscheidungsfreude erwarten. Nach den ersten Äußerungen unserer Bundesministerin zu der Beschaffung der amerikanischen F 35 ist erkennbar, dass die neue IBuK mit Tatkraft und Gestaltungswillen unterwegs ist.

Wir haben unsere jederzeitige Gesprächsbereitschaft bereits der Leitung signalisiert und daran erinnert, dass sich die Bundeswehr aus den Streitkräften und der zivilen Wehrverwaltung mit sich ergänzenden Kernaufgaben zusammensetzt.

An der dbb Jahrestagung, die am 10. Januar erneut in digitaler Form stattfand und die alljährlich den gewerkschaftlichen Startschuss für die politische Arbeit symbolisiert, nahmen Bundesinnenministerin Nancy *Faeser* und Bundesfinanzminister Christian *Lindner* teil.

Die Antworten auf die von dem Vorsitzenden des dbb, Ulrich *Silberbach*, erhobene Forderung zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten und -beamtinnen in Höhe von 41 Stunden enthielten

> VBB

- > Großer Zapfenstreich in Berlin zur Verabschiedung von Annegret Kramp-Karrenbauer 5
- > Der Wechsel – ein erstes Resümee 5
- > Von der Vorstellung direkt in medias res – auf Antrittsbesuch bei Sts'in Dr. Sudhof 6
- > Sitzungswoche – VBB führt erste Gespräche mit MdBs 8
- > VBB und VSB gemeinsam für die Bundeswehr! 8
- > BwFuhrparkservice GmbH – Beistellung der Zivilkraftfahrer nicht verlängert 9
- > Sturz im Homeoffice kann Arbeitsunfall sein 10
- > Nachruf für unseren Ehrenbereichsvorsitzenden Edgar Höfling 11
- > Mitglied des Bundesvorstands bekam für sein Engagement die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz verliehen 11
- > In eigener Sache VBB-Bundesgeschäftsstelle erhält weitere Verstärkung 12
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 12
- > Wissenswertes für Senioren 14
- > VBB-Jugend 15
- > HPR 16
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 16

> dbb

- > dbb Jahrestagung 2022 Politischer Auftakt: Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land 24
- > Reguläre und irreguläre Migration: Wie gut sind Deutschland und Europa vorbereitet? 28
- > Deutschland nach der Wahl: Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung? 31
- > Politik und moderner Staat: Bürgernah, leistungsstark, klimaneutral? 33
- > Nachgefragt bei den europapolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen 38
- > frauen Politikwissenschaftlerin Emilia Roig über intersektionale Gerechtigkeit: Keine Gesellschaft ohne Ungleichheiten 40
- > interview Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat 46

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag, Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 35,20 € zzgl. 7,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 € zzgl. 1,50 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) und **Preisliste 47** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage:** dbb magazin: 554157 (IVW 4/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

erwartungsgemäß den Hinweis auf die Kassenlage.

Nicht nachzuvollziehen war jedoch die Verknüpfung der Bundesinnenministerin mit der vom dbb genannten Zahl der unbesetzten Dienstposten im öffentlichen Dienst. Nach unseren Recherchen ist nicht nur der diskutierte Umfang von circa 330.000 sehr hoch gegriffen, vielmehr existiert die Personallücke vor allem bei den Bundesländern. In der weit überwiegenden Zahl der Bundesländer existiert jedoch bereits eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Hier werden wir nachhaken. Denn der Bund mit seiner guten Personalpolitik darf nicht abgestraft werden für Personallücken in den Bundesländern.

Positiv war allerdings die Anmerkung von Bundesinnenministerin Faeser, dass angesparte Zeitguthaben möglicherweise zu einem früheren Eintritt in den Ruhestand führen können. Dies wäre eine Abkehr der bisherigen Linie des BMI und würde auch den Tarifbeschäftigten im Rahmen der Langzeitkonten zugutekommen. Wir bauen hier auf die Durchsetzungskraft der Ministerin.

Aber noch einmal zurück zum Anfang des Editorials – die Themen des Koalitionsvertrages:

Wir weisen auszugsweise auf einige inhaltliche Aspekte des Koalitionsvertrages hin, die auch für die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr interessant sein dürften. Für Vielleser fügen wir den Link¹ der Vollversion bei.

Positiv ist: Die Koalition gibt bereits auf den ersten Seiten des Koalitionsvertrages ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst (Seite 9) ab:

„Die Modernisierung des Staates gelingt nur mit einem starken öffentlichen Dienst.“

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) begrüßt die Erwartung, dass „die Leitung der Ministerien

und die Führungskräfte im öffentlichen Dienst eine moderne Führungs- und Verwaltungskultur vorantreiben und für digitale Lösungen sorgen.“

Ebenfalls positiv finden wir, dass „Eigeninitiative und Mut der Beschäftigten wertgeschätzt und belohnt werden müssen“; auch wenn es offensichtlich nötig ist, dies besonders zu erwähnen.

Hinsichtlich der erwünschten Rotation zwischen verschiedenen Behörden, auch zwischen Bund und Ländern, wird allerdings angesichts der heterogenen Gehaltsstrukturen im Bund und den Bundesländern und der sonstigen Besonderheiten ein intelligentes Anreizsystem erforderlich werden.

Größere Flexibilität wird sowohl beim Berufseinstieg – „Berücksichtigung praktischer Berufserfahrungen“ – und beim Berufsende – „Stärkung des Instruments des Altersgeldes“ – angestrebt. Diese Ziele müssen das Personalmanagement des BMVg aufhorchen lassen, denn eine Fortführung der restriktiven Praxis am Berufsende wird dann nicht mehr möglich sein. Der Fokus muss in einem noch viel stärkeren Maß in einer modernen, schnellen und agilen Personalgewinnung liegen. Nicht auszuschließen ist es, dass eine zentrale Steuerung diesen Anforderungen nicht mehr genügt und regional beziehungsweise dezentral besser auf die Adressaten und Adressatinnen eingegangen werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden soll (Seite 28). Es ist zu erwarten und wäre auch begrüßenswert, wenn die Entgeltordnung für die Tarifbeschäftigten hier einer Neubewertung unterworfen würde.

Im allgemeinen Teil (Seite 12 ff.) wird weiterhin eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung angestrebt. Dies soll aus-

drücklich auch für die Planung von Infrastrukturprojekten gelten. Hierzu korrespondiert die Forderung auf Seite 148, wonach explizit die Modernisierung der Infrastruktur im Verteidigungsbereich beschleunigt werden soll. Auch soll die BImA eine Kompetenzerweiterung erfahren (Seite 89). Diese Forderungen hat die Abteilung IUD im BMVg sicherlich schon einer Bewertung unterzogen und möglicherweise bereits eine Strategie entwickelt. Wir werden dies sehr genau beobachten, führt doch schon die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu manch einer Verzögerung, auf die wir gerne verzichten würden.

Im Rahmen der IT-Konsolidierung sollen klare Verantwortlichkeiten geschaffen und die IT-Budgets des Bundes zentral zusammengeführt werden (Seite 15). Hier sind wir gespannt, welche Position das BMVg nicht nur hinsichtlich der grünen IT einnehmen wird.

Der VBB begrüßt ausdrücklich den Ansatz (Seite 148), aus dem Auftrag und den Aufgaben der Bundeswehr das Fähigkeitsprofil und daraus die materiellen und personellen Bedarfe der Bundeswehr abzuleiten. Dieses hatte der VBB bereits nachdrücklich gefordert und darauf hingewiesen, dass ein effizienter und effektiver Einsatz der Ressourcen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft unerlässlich ist. Dazu gehört auch, dass Soldatinnen und Soldaten ihre Kernaufgaben definieren und priorisieren. Die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr müssen ihr fachliches Know-how in der Wahrnehmung ziviler Aufgaben einbringen. Das schließt auch die Spitzenpositionen im BMVg ein, damit Fachaufsicht kompetent ausgeübt werden kann.

Es ist bekannt, dass die finanziellen Ressourcen schon jetzt nicht für die geforderten, geplanten und beschlossenen Beschaffungen ausreichen. Aus diesem Grunde empfiehlt der VBB nachdrücklich, den Planungsprozess

der Bundeswehr kritisch zu hinterfragen. Ist die Planungsabteilung mit dem großen Planungsamt richtig aufgestellt? Der Truppe nützen keine Beschaffungsvorhaben, wenn eigentlich klar ist, dass der Scheck nicht eingelöst wird und das Gerät nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang kommt. Wenig Verständnis haben wir, wenn die Planungsabteilung, die den Bedarf der Streitkräfte definieren soll, dieses „erfolgreiche“ System auch auf die gesamte Bundeswehr ausweiten will. Hier ist Inhalt geboten. Wir verlassen uns auf eine gründliche Analyse!

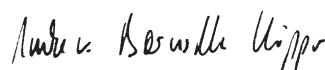
Die Bundeswehr muss demografiefest und langfristig auch mit Blick auf die Altersstruktur ausbalanciert sein (Seite 149). Es sollen daher weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr eingeführt und dabei auch der Übergang der Soldaten auf Zeit in die Wehrverwaltung erleichtert sowie in die freie Wirtschaft verbessert werden. Wir sagen dazu: Der Wechsel von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit in die Wehrverwaltung ist eine seit Jahren gelebte Wirklichkeit in der Bundeswehr. Allerdings ist es für eine gute Aufgabenwahrnehmung unerlässlich, dass die erforderlichen Fachkenntnisse vorhanden sind.

Eine Maßnahme der Attraktivitätssteigerung sehen wir in der längst überfälligen Reduzierung der Wochenarbeitszeit (siehe oben).

Der VBB wünscht der neuen Leitung des BMVg viel Erfolg und ist bereit, die Entscheidungsprozesse konstruktiv zu begleiten.

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>

In diesem Sinne
Ihre



Imke v. Bornstaedt-Küpper
Bundesvorsitzende

Großer Zapfenstreich in Berlin zur Verabschiedung von Annegret Kramp-Karrenbauer

Die VBB-Vorsitzende, Imke v. Bornstaedt-Küpper, hatte die Ehre, bei dem Zapfenstreich für die scheidende Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer anwesend zu sein.



Es war eine würdige Veranstaltung und gefühlt ging ein Aufatmen durch die Schar der Gäste, als die scheidende Ministerin Seite an Seite mit Generalinspekteur Eberhard Zorn und der neuen Ministerin Christine Lambrecht zu dem

Podest schritt. Einen harmonischen Umgang miteinander demonstrierten die beiden Ministerinnen auch am Ende der Zeremonie. Sie verabschiedeten sich in einer offensichtlich freundlichen Atmosphäre. Nach den vorausgegangenen

Zeitungsberichten war das ein gutes Signal.

Für Heiterkeit sorgen regelmäßig die Musikwünsche der Geehrten. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel sich das Lied aus der DDR „Du hast den Farbfilm

vergessen“ gewünscht hatte, amüsierte der Liedwunsch von Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer „Die Glorreichen Sieben“ die Gäste. Ein Lob an die Musikerinnen und Musiker der Bundeswehr: Es kam eine richtige Westernstimmung auf! ■

Der Wechsel – ein erstes Resümee

Mit Abgabe der Stimme eines/einer jeden zur Bundestagswahl Ende September 2021 wurde bekanntlich der Startschuss für eine neue Regierung gesetzt.

Nach Auszählung der Stimmen, den Koalitionsverhandlungen, dem Koalitionsvertrag und der Regierungsbildung wurde am 8. Dezember 2021 Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Das neue Kabinett ist zwischenzeitlich vereidigt und Christine Lambrecht somit die neue Bundesverteidigungsministerin.

Ihr zur Seite stehen MdB Siemtje Möller und MdB Thomas Hitschler als parlamentarische Staatssekretäre im BMVg. Ihnen allen gratuliert der Ver-

band der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr sehr herzlich. Wir wünschen viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Aufgabe und stehen als Interessenverband jederzeit unterstützend zur Verfügung.

Mit einem Großen Zapfenstreich wurde am 15. Dezember 2021 schließlich Annegret Kramp-Karrenbauer nach zweieinhalb Jahren als Verteidigungsministerin verabschiedet. Auch ihr gilt unser Dank.



Mit von Bord ging nach 16 Jahren als Staatssekretär (davon etliche Jahre allein im Verteidigungsministerium) auch Sts a.D., Gerd Hoofe. Auch ihm danken wir für die kollegiale Zusam-

menarbeit und das stets offene Ohr.

Für ihn übernommen hat Dr. Margaretha Sudhof als verbeamtete Staatssekretärin. Sie

war zuletzt Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Ihr unterstellt sind die Abteilung Haushalt und Controlling, die Abteilung Recht, die Abteilung Personal, die Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen sowie der Stab Organisation/Revision. Der VBB freut sich auf die Zusammenarbeit und hat auch ihr gratuliert.

Einzig die Position des zweiten beamteten Staatssekretärs, der die Abteilungen Ausrüstung und Cyber/Informationstechnik zugeordnet sind, erfährt mit Benedikt Zimmer keine Veränderung.

Mit dem Wechsel an der Spitze dreht sich das Personalkarussell aber auch in den darunterliegenden Abteilungen ... So können wir gespannt sein, welche weiteren Personalveränderungen in den kommenden Wochen getroffen werden. Der Flurfunk berichtet so einiges, wir werden sehen, was sich davon bewahrheitet, und dann zu gegebener Zeit berichten.

Welche Auswirkungen hat dies alles nun auf das Verteidigungsressort und die Arbeit des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr?

Mit Christine Lambrecht hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine

starke und regierungserfahrene Ministerin an die Spitze des Verteidigungsministeriums berufen, die zuletzt zwei Ministerien geleitet hat.

Auch wenn zwei Drittel der in der Bundeswehr tätigen Menschen Soldat(inn)en sind, so entfällt immer noch ein Drittel auf das Zivilpersonal. Wir hoffen doch sehr, dass die Ministerin alle Statusgruppen im Blick hat und falls nicht, erlauben wir uns, daran zu erinnern.

Mit Staatssekretär Thomas Hitschler hat der Verband bereits in den letzten Jahren vertrauensvoll zusammengearbeitet. Dies wünschen wir uns

zunehmend auch für die Zukunft und die vor uns liegenden Aufgaben.

Auch Staatssekretärin Siemtje Möller, zuvor als Bundestagsabgeordnete im Verteidigungsausschuss, ist dem Verband keine Unbekannte. Auch ihr gilt unsere Unterstützung.

Im Interesse der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr und aufgrund der Verantwortung, die wir gegenüber den Menschen in der Bundeswehr haben, hoffen wir auf eine kollegiale Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen. Unser Gesprächsangebot steht – jederzeit!

Von der Vorstellung direkt in medias res – auf Antrittsbesuch bei Sts'in Dr. *Sudhof*

Auch wenn das Verteidigungsministerium im Vergleich zu den anderen Ressorts schon einige Besonderheiten aufzuweisen hat, so ist es doch von Vorteil, wenn die Position der beamteten Staatssekretärin/des Staatssekretärs mit jemandem besetzt wird, dem die Aufgaben nicht ganz fremd sind – so geschehen bei Frau Dr. Margaretha *Sudhof*.

Staatssekretärin Dr. Sudhof kann auf zahlreiche Verwendungen zurückblicken, die ihr bei ihrer jetzigen Position zum Vor-

teil reichen und die den sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand bereits beinhalten. Immerhin umfasst ihr Aufgaben-

gebiet die Abteilungen Haushalt/Controlling, Recht, Personal und Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen.

So verwunderte es auch nicht, dass der Antrittsbesuch der Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB), Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, nach einer kurzen Vorstellungsrunde direkt mitten in die Themen (Personalgewinnung, Evaluierung PEK, Altersteilzeit, A 13gZ et cetera) ging. Nach einer kurzen Skizzierung der Probleme durch die Bundesvorsitzende konnte Frau Sts'in Dr. Sudhof verschiedentlich direkt aus den anderen Ressorts und der dortigen Handhabung berichten. Es bleibt nunmehr zu hoffen, dass einige vom VBB angesprochene Themen nicht weiter verzögert werden.

Zu guter Letzt regte der VBB an, das Instrument der Koordinierungsgruppensitzung wieder ins Leben zu rufen, um so einen besseren Austausch zwischen dem Haus und den Verbänden im Interesse aller Beschäftigten zu gewährleisten. Frau Sts'in Dr. Sudhof zeigte sich dem aufgeschlossen gegenüber.



Sitzungswoche – VBB führt erste Gespräche mit MdBs

Am 13. Januar 2022 konnte die Bundesvorsitzende, Imke v. *Bornstaedt-Küpper* in der ersten Sitzungswoche des Jahres Gespräche im Bundestag führen, unter anderem mit MdB Dr. *Klinck*.

MdB Dr. Kristian Klinck ist direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 06 Preetz/Neumünster und neues Mitglied im Bundestag sowie im Verteidigungsausschuss.

Da er zwei Jahre gedient und Reservistendienst geleistet hat, ist er mit der Bundeswehr vertraut. Noch ist nicht bekannt, für welche Themen die MdBs im Verteidigungsausschuss Berichterstatter/

-in sind. Aber unabhängig davon gab es genug Gesprächsstoff.

Wir wünschen Dr. Klinck viel Erfolg und Freude bei der parlamentarischen Arbeit!



VBB und VSB gemeinsam für die Bundeswehr!

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) und der Verband der Soldaten der Bundeswehr e.V. (VSB) vertreten zusammen alle Statusgruppen der Bundeswehr.

füllt werden kann, unter Einsatz von Waffen, der eigenen Gesundheit und gegebenenfalls des eigenen Lebens.

einzelne Fähigkeiten gegebenenfalls vollständig in die Hände von Partnern gelegt werden könnten. Die Auswirkungen auf die personellen und materiellen Vorgaben für die Streitkräfte ist die Folge.



Der VSB die Soldatinnen und Soldaten und der VBB die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifbeschäftigten. Die beiden Verbände pflegen einen regelmäßigen Austausch zu den relevanten Themen. Der Regierungswechsel war Anlass für eine gemeinsame Bestandsaufnahme durch die Bundesvorsitzende des VBB, Ministerialrätin Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, und den Vorsitzenden des VSB, Hauptmann Andreas *Füllmeier*.

Trotz aller Besonderheiten der Statusgruppen gibt es einige

wichtige Themen, die für alle Angehörigen der Bundeswehr gleichermaßen relevant sind. Es ist ein gemeinsames Anliegen von VBB und VSB, die Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten der Bundeswehr zu verbessern. Wir sind uns bewusst, dass alle Beschäftigten ein gemeinsames Ziel vereint: eine moderne, zukunftsfähige Bundeswehr, die in die Lage versetzt werden muss, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Das Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr ist der militärische Auftrag, der nur von Soldatinnen und Soldaten er-

Das Herz der Bundeswehr ist die Truppe, es sind die Soldatinnen und Soldaten, die sich auf Einsätze vorbereiten und für ihre militärischen Aufträge bereitstehen, die vom Parlament im Rahmen der Landes- oder Bündnisverteidigung entschieden werden. Diese Truppe wird von einer agilen und kompetenten Wehrverwaltung unterstützt.

Der VBB und der VSB vertreten die Auffassung, dass die höchste Priorität darin besteht, die Bundeswehr personell und materiell so auszustatten, dass die von der Politik auf der Grundlage einer sicherheitspolitischen Analyse definierten Aufgaben erfüllt werden können. Diese Analyse muss dazu führen, dass das Fähigkeitsprofil für die Streitkräfte kritisch zu prüfen ist. Dabei wurde bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, dass gemeinsame europäische Lösungen im Einklang mit den vorhandenen Kräften in der NATO zu finden sein werden. Die konsequente Umsetzung dieses gemeinsamen Vorgehens kann dazu führen, dass

Vor dem Hintergrund finanzieller und auch personeller Ressourcen wird die Beantwortung der Frage, ob es sicherheitspolitisch erforderlich und geboten ist, dass die deutschen Streitkräfte weiterhin über alle Fähigkeiten verfügen sollten, von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Bundeswehr sein. VSB und VBB nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass die neue Bundesregierung dies im Koalitionsvertrag berücksichtigt hat. Dabei wird deutlich, dass es nicht als eine Pflichtübung, sondern als die vornehme Aufgabe einer zukunftsorientierten Regierung in einem sicherheitspolitischen Kontext gesehen wird.

Erst in einem zweiten Schritt sind Folgefragen zu klären, wie die Zuordnung von Personal und Material zu den definierten Kernaufgaben oder organisatorische Angelegenheiten. Welcher Personalumfang insgesamt erforderlich ist und in

welchem Verhältnis von Berufssoldaten und Berufssoldatinnen sowie Soldaten und Soldatinnen auf Zeit diese Aufgaben erledigt werden können, gehört auch dazu. In diesem Rahmen muss dann auch die Bundeswehrverwaltung näher be-

trachtet werden, zum Beispiel ob der Wegfall des dreistufigen Verwaltungsaufbaus den Erfordernissen der Landesverteidigung noch gerecht wird.

Die Angehörigen der Bundeswehr haben das Recht auf

eine gründliche Analyse und ein transparentes Lagebild. Sie wollen aktiv dazu beitragen, die Aufgaben zu erfüllen und am Erfolg teilhaben, und sie wollen mitgenommen werden auf dem Weg in die Zukunft.

Der VBB und VSB sind bereit, sich bei der Analyse und der Entscheidungsfindung einzubringen. Verbände können hier auch eine wichtige Rolle in der Transformation wahrnehmen.

BwFuhrparkservice GmbH – Beistellung der Zivilkraftfahrer nicht verlängert

Der Hauptpersonalrat (HPR) beim BMVg wurde zur Verlängerung der Beistellung der Zivilkraftfahrer bis zum 31. Dezember 2021 aufgefordert. Vorausgegangen waren mehrere Informationsveranstaltungen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der BwFuhrparkservice GmbH und zu der Frage, wie zukünftig der Kraftfahrbetrieb der Bundeswehr weitergeführt werden soll.

Hier wurden drei verschiedene Modelle betrachtet:

1. Weiterbetrieb durch die BwFuhrparkservice GmbH in optimierter Form
2. Betrieb in Eigenverantwortung durch die Bundeswehr
3. Abgabe an externen Betreiber

Die vonseiten des HPR gestellten Fragen, insbesondere nach Art, Umfang und nach den zu übertragenden Aufgaben, konnte das BMVg nicht vollständig beantworten. Lediglich Annahmen und Ideen, die bislang noch nicht entschieden sind, wurden durch das BMVg vorgetragen. Ebenfalls ist weiterhin unklar, wie die Entscheidung über die Folgeleistung des Fahrbetriebes ausfällt. Mit einer Entscheidung ist erst ab Mitte des Jahres 2022 zu rechnen.

Der HPR konnte dem Anliegen des Ministeriums zur Verlängerung der Beistellung aufgrund der bestehenden Unklarheiten nicht zustimmen. Gleichzeitig hat der HPR einen Initiativantrag zu einer Übergangslösung ab 1. Januar 2022 gestellt, der

den Fahrbetrieb weiter sicherstellen soll.

Das Ministerium hat daher mit Erlass P II 7 vom 21. Dezember 2021 eine Übergangsregelung bis zum 31. März in Kraft gesetzt, die die Arbeitsfähigkeit der BwFPS GmbH gewährleistet.

■ Sicherung der Kraftfahrerpauschalen bis 30. Juni 2022

Kurz vor Weihnachten kam große Unruhe beim betroffenen Personal auf. Am 10. Dezember 2021 teilte das Bundesministerium des Innern in einem Rundschreiben mit, dass die übertariflichen Maßnahmen zur Sicherung des Pauschalentgelts von Kraftfahrerinnen und Kraftfahrern des Bundes vom 1. Juli 2020 bis

zum 31. Dezember 2021 nicht verlängert werden und die tariflichen Bestimmungen wieder anzuwenden sind. Das BMI begründet diese Entscheidung damit, dass im 2. Halbjahr 2021 keine vergleichbar massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens und entsprechend auch der Arbeitswelt vorlagen.

Im Weiteren führt das BMI aus, dass sich das derzeitige Fahrtenaufkommen auch infolge einer gewandelten Arbeitswelt verringert hat. Die fortschreitende Digitalisierung unter anderem durch verstärkte Nutzung von Videokonferenztechnik und auch neue Nachhaltigkeitszielsetzungen wirken sich insoweit auf den Kraftfahrbetrieb aus. Lediglich für den Übergang in das tarifvertragliche Entgeltsystem der Kraftfahrerinnen und Kraft-

fahrer sollte bis zum 30. Juni 2022 das Entgelt um eine Pauschalgruppe niedriger gesichert werden. Dies hätte bei vielen Kolleginnen und Kollegen in großen Teilen zu erheblichen Gehaltseinbußen geführt.

Dank schnellen Handelns der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte Bund konnte hier noch eine Kehrtwende herbeigeführt werden. Ein persönliches Schreiben an die frisch im Amt eingeführte Bundesministerin des Innern, Nancy Faeser, hat auf den Missstand aufmerksam gemacht.

Dies führte dazu, dass mit Rundschreiben D5-31005/26#1 vom 23. Dezember 2021 der vorherige Erlass aufgehoben wurde und die Übergangsregelung zur Sicherung des Pauschalentgelts bis zum 30. Juni 2022 fortgeführt wird.

Der VBB begrüßt die Entscheidung des BMI; diese gibt zumindest für das nächste Halbjahr vielen Tarifbeschäftigten Planungssicherheit.

